

Kanton St.Gallen  
Bildungsdepartement  
Herr Regierungsrat Stefan Kölliker  
Davidstrasse 31  
9001 St.Gallen

St.Gallen, 30. September 2021

## Vernehmlassungsantwort Strategische Immobilienplanung für die Sekundarstufe II

Sehr geehrter Herr Regierungsrat, *Lieber Stefan*

Mit Schreiben vom 2. September 2021 haben Sie uns den Vernehmlassungsbericht zum rubrizierten Geschäft mit der Gelegenheit zur Stellungnahme bis 4. Oktober 2021 zukommen lassen. Dafür danken wir Ihnen und nehmen wie folgt dazu Stellung.

### 1. Generelle Bemerkungen zum Bericht

Der Bericht über die aktuelle Situation bezüglich des Raumbestands, der Anzahl Schülerinnen und Schüler und der Auslastung des Schulraums für die Berufsfachschulen im Kanton St.Gallen bildet eine sinnvolle und gute Grundlage für die weitere Planung. Die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Berufsbilder und die Kompetenzanforderungen sind unbestreitbar. Die nötigen Anpassungen an die Berufsbildung sind vorzunehmen. Die Schweiz verfügt über ein äusserst erfolgreiches und einzigartiges duales Bildungssystem. Diesem System muss Sorge getragen werden. Die Ausbildung muss mit den Veränderungen in der Arbeitswelt schritthalten.

### 2. Bemerkungen

Das Berufsbildungssystem krankt an komplexen Strukturen und langen Entscheidungswegen. Änderungen, bei denen das SBFI und die nationalen Branchenverbände involviert sind, sind speziell schwierig zu erreichen. Es kann zehn Jahre dauern bis ein neues Berufsbild eingeführt ist. Angesichts des schnellen Wandels in der Arbeitswelt ist diese Zeitspanne eindeutig zu lange. Um dieses Problem zu lösen, gibt es grundsätzlich zwei Optionen.

Erstens kann eine Vereinfachung der Strukturen angestrebt werden. Für die Ostschweiz hat die IHK St.Gallen-Appenzell bereits vor einigen Jahren den Vorschlag gemacht, die Berufsschulen nach Kompetenzen zu organisieren. Bisher sind die Schulen im Kanton St.Gallen nach regionalen Kriterien organisiert, mit einer Vielzahl an ausgebildeten Berufen an den meisten Schulen. Das erschwert inhaltliche Anpassungen. Nach dem Vorschlag der IHK würde die Ausbildung von Berufsfeldern wie Technik oder Informatik in einer eigenen Schule zusammengefasst, mit einer auch in sachlichen Fragen kompetenten Leitung.

Zweitens kann die aktuelle Struktur ergänzt werden, um Veränderungen schneller ins System einzuspeisen. Denkbar wäre die Schaffung von speziellen Kommissionen mit Experten aus Praxis, Schule und Verwaltung, welche sich solchen Anpassungsproblemen widmen. Auch auf regionaler Ebene muss die Zusammenarbeit zwischen Lehrbetrieben, Verbänden und Schulen verbessert werden. Wir sind froh, dass die Regierung mit dem vorliegenden Bericht zum Postulat «Strategische Investitionsplanung für die Sekundarstufe II» und dem VII. Nachtrag zum EG zur BG über die Berufsbildung den Schritt in diese Richtung gemacht hat. Leider fokussiert

sich der Bericht vorerst nur auf die räumliche Situation, wie es auch vom Kantonsrat gewünscht wurde. Ob und wie weit die vorgeschlagene Option 3.1. die maximale Wirkung unserer Forderung erreicht, ist schwierig abzuschätzen. Für uns ist aus dem Bericht nicht ersichtlich, inwieweit auch die Weiterbildung berücksichtigt ist. Im Wissen, dass in den heutigen Berufsfachschulen oft alternierend gearbeitet wird – das heisst grosse Unterschiede in den Belegungen vorhanden sind – ist für uns nicht ersichtlich, ob dementsprechend ein Augenmerk gelegt wurde. Generell können wir keine Beurteilung über die vorliegenden Daten machen, da uns die spezifischen Konsequenzen von Verlagerungen von speziellen Infrastrukturen (branchenspezifische Einrichtungen inkl. Labors etc.) nicht bekannt sind. Mit den drei Hauptoptionen werden bestehende Kompetenzzentren integriert. Dies würde aus unserer Betrachtung einer Auflösung von bestehenden, starken Kompetenzzentren bedeuten. Wir sind uns diesbezüglich nicht sicher, ob dies nicht im Widerspruch zum eigentlichen Planungsziel steht. Für uns ist es ein zentrales Anliegen, dass neue Lehr- und Lernformen inklusive der Digitalisierung zeitnah umgesetzt werden. Aus dem vorliegenden Bericht geht nicht hervor, ob diesbezüglich die nötigen Vorkehrungen geplant sind.

#### **Anträge:**

- Es ist alles daran zu setzen, dass die Bildung von Kompetenzzentren kompromisslos umgesetzt wird. Die Bildung von diesen Zentren muss aber nicht bedeuten, dass die Ausbildung nur an einem Standort erfolgt. Wo aufgrund der Grösse der Berufsfelder sinnvoll und finanziell vertretbar, ist die Ausbildung bei ausreichenden Mengengerüsten an mehreren Standorten anzubieten. Die fachliche Impulsgebung und Führung ist jedoch an einem zentralen Kompetenzzentrum zu bündeln.
- Der neue Ansatz der Kompetenzzentren und allfälliger dezentraler Bildungsstandorte soll gemeinsam mit den Nachbarkantonen beurteilt und geplant werden.
- Optionen zur Umsetzung der Teilstrategie Berufsfachschulen: Die Bildung von Kompetenzzentren gemäss Option 3 können wir nachvollziehen. Diese Option muss aber gemäss dem obenstehenden Punkt angepasst werden.
- Für den Entscheid, die Gesundheitsberufe nach Rorschach zu verlegen, soll die Umsetzungsplanung gemäss dem weiteren Vorgehen ab Seite 70 des Vernehmlassungsberichts über den ganzen Kanton erfolgen.
- Die betroffenen Berufsverbände sollten bei der Planung mitwirken können.
- Die Immobilienstrategie soll wo immer möglich über alle Bildungsstufen koordiniert werden. Mögliche Synergien sind wirkungsvoll zu nutzen.
- Die Detailprüfung und allfällige Änderungen im Rahmen der parlamentarischen Behandlung des Geschäfts bleiben vorbehalten.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anträge.

Freundliche Grüsse

**Industrie- und Handelskammer  
St.Gallen-Appenzell**

  
Markus Bänziger  
Direktor

  
Michael Götte  
Leiter kantonale Politik